

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt a. M. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hamerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Die neue preussische Note.
Deutschland. Frankfurt (Die §§ 1 und 2 des Wahlgesetzes. Das allgemeine Stimmrecht und die Paulistheorie. Ueber die bayerische Erklärung in London. Die Einzelregierungen gegenüber dem deutschen Verfassungswerk. Eine Zeitungslüge). Wien (23. Armeebulletin. Vermischtes). Prag (Widerständigkeit gegen die Reccutierung.) Krefeld (Reichstagsführung. Erledigung der Raim'schen Angelegenheit). Hannover (Die zweite Kammer beschließt zum zweitenmal die unbedingte Anerkennung der Grundrechte. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben). Celle (Unbedingte für die Grundrechte). Stuttgart (Kammerverhandlungen über das Departement des Auswärtigen. Der Kronprinz in Petersburg angelangt; die Kronprinzessin an den Mäusen erkrankt). Frankreich. Paris (Nationalversammlung). Spanien. Madrid (Die Kammern. Die Beziehungen Spaniens zu England). Nachschrift. Börseberichte.

Die neue preussische Note, vom 16. Februar.

*** Frankfurt, 22. Febr. Aus guter Quelle erhalten wir die Depesche der preussischen Regierung an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt vom 16. d. Monats. Sie lautet:

„Durch die Circulardepesche vom 23. v. M. hat die Regierung Sr. Maj. des Königs den Weg bezeichnet, auf welchem, ihrer Ueberzeugung nach, die durch die Lage Deutschlands dringend geforderte Vereinigung über das in Frankfurt berathene Verfassungswerk erreicht werden könne. Dieser Weg ist der Verständigung sowohl der Regierungen unter sich als mit der deutschen Nationalversammlung.“

„Der Vorschlag Preussens hat sich der fast ungetheilten Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erfreuen gehabt und die große Mehrzahl derselben hat sich in den hieher gelangten Rückäußerungen bereit erklärt, durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt auf eine gemeinschaftliche Berathung einzugehen.“

„Ew. Excellenz sind über die Hauptgesichtspunkte, von denen die königliche Regierung ausgeht, bereits mit Instruction versehen. Nachdem nunmehr durch die Mittheilung, welche der Reichsminister Freiherr v. Gagern unter dem 28. v. M. an Ew. Excellenz gerichtet hat, die in beglaubigter Form ausgefertigten Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung über die Verfassung hieher gelangt sind, hat das königliche Staatsministerium sich zur Pflicht gemacht, dieselben einer sorgfältigen Erwägung zu unterwerfen. Ich bin in Folge dessen in den Stand gesetzt, diejenigen Bedenken und Abänderungsvorschläge, welche aus den Berathungen desselben hervorgegangen sind, an Ew. Excellenz gelangen zu lassen, um dieselben mit den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen besprechen und solche demnächst dem Reichsministerium vorlegen zu können.“

„Es gereicht mir dabei zur großen Genugthuung, aus den Berichten Ew. Excellenz zu ersehen, daß dieselben schon jetzt in den wesentlichsten Punkten mit denjenigen Ergebnissen übereinstimmen, welche die bisherigen Besprechungen Ew. Excellenz mit einer nicht kleinen Anzahl der Bevollmächtigten in Frankfurt herausgestellt haben. Das Staatsministerium hat diesen Berathungen die vollste Berücksichtigung zu Theil werden lassen, und ich darf mich daher um so mehr zu der Hoffnung berechtigt halten, daß durch die weiteren Besprechungen, unter Festhaltung der angegebenen Principien, das erfreuliche Ziel einer umfassenden Einigung und Uebereinstimmung werde erreicht werden. Indem ich diese Bedenken und Vorschläge mittelst besonderer Instruction Ew. Excellenz zufertige, habe ich mich im Gegnärtigen über die Gesichtspunkte auszusprechen, welche bei der Behandlung der vorliegenden hochwichtigen Angelegenheit im Ganzen für die königliche Regierung bisher leitend gewesen sind, und es ferner bleiben werden.“

„Die königliche Regierung erkennt als obersten Grundsatz an, daß das deutsche Verfassungswerk nur durch die freie Zustimmung der dabei betheiligten Regierungen endgiltig zu Stande kommen könne. Indem sie dieses Recht in vollem Maße sich vindicirt, erkennt sie es auch für alle übrigen Bundesglieder gleichmäßig und ohne Ausnahme an, wie sie dies bereits früher ausgesprochen hat.“

„Sie wünscht ferner nichts aufrichtiger und lebhafter, als daß die neue Verfassung des deutschen Bundes alle deutschen Stämme mit einem starken und innigen Bande umschlingen und sie zu einem großen Ganzen gestalten möge. Sie ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bundes, welches Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verkettet, für beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedürfnis sei. Sie will dasselbe in keiner Weise gelockert, vielmehr gekräftigt und befestigt wissen. Sie begegnet in diesem Punkte vollständig den Gesinnungen, welche die kaiserliche

Regierung in ihrer hierher mitgetheilten Depesche vom 4. d. M. an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ausgesprochen hat.“

„Wenn sie zugleich nicht verkennt, welche Schwierigkeiten die eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der deutschen Provinzen des Kaiserstaates im Zusammenhange mit denen der Gesamtmonarchie, der Feststellung ihres Verhältnisses zu dem neu zu gründenden Bunde entgegenstellen, so zweifelt sie doch nicht an einer glücklichen Lösung derselben, und sie glaubt sich durch den Inhalt der obgedachten Note zu der Erwartung berechtigt, daß die kaiserliche Regierung mit bestimmten Vorschlägen hierüber, den übrigen verbündeten Regierungen und der Nationalversammlung entgegenkommen werde. Sie wird es sich zur Pflicht machen, solchen Vorschlägen ihrerseits in dem oben angedeuteten Geiste zu begegnen.“

„Von diesen Vorschlägen, sowie von den Erklärungen, welche andere mitverbündete Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen haben, abgeben werden, muß natürlich auch die letzte Entschließung der Regierung Sr. Majestät des Königs abhängig bleiben.“

„Inzwischen erachtet es dieselbe für dringend gebotene Pflicht, sich schon jetzt, von ihrem Standpunkt aus, über den vorliegenden Verfassungsentwurf auszusprechen. Die Lage Deutschlands fordert eine baldige Entscheidung. Alle wahren Freunde des Vaterlandes erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Befestigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich scharen können.“

„Die Verbindung einer gänzlichen Auflösung der schwächeren Staatskörper und des immer weiteren Umfanges innerer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden.“

„In wie weit Preußen dazu beizutragen bereit ist, darüber will die Regierung Sr. Majestät des Königs keinen Zweifel bestehen lassen.“

„Sie ist aus freier Entschließung bereits durch die Proclamation Sr. Majestät des Königs vom 18. März v. J. mit der Erklärung vorangegangen, daß sie der Umgestaltung des deutschen Staatenbundes zu einem Bundesstaat ihre Kräfte widmen wolle. Sie hat seitdem in diesem Geiste gehandelt und sie wird diesem Bestreben ferner getreu bleiben.“

„Preußen bedarf dieses Bundesstaates nicht um seiner selbst willen. Seine Größe, seine staatliche Consistenz, seine Traditionen geben ihm mehr als den meisten andern Staatskörpern Deutschlands die Fähigkeit, sich selbst genügen, nöthigenfalls für sich beharren zu können. Vergrößerung an Macht oder Einfluß sucht es nicht. Wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesamtheit willen.“

„Von diesem Standpunkt aus hat die Regierung Sr. Majestät des Königs den vorliegenden Verfassungsentwurf geprüft.“

„Sie glaubt, daß derselbe im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaates enthalte. Die Abänderungsvorschläge, welche sie Ew. Excellenz zukommen läßt, sind wesentlich aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß es darauf ankomme:

- 1) die Competenz der Bundesgewalt genauer zu begrenzen, innerhalb dieser Competenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern.
- 2) Die Existenz der Einzelstaaten als selbstständige Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaates nothwendig ist.

„Eine Centralisation, welche über den Bundesstaat hinaus in den Einheitsstaat führen würde, muß nach der Ueberzeugung der königlichen Regierung, als weder nothwendig, noch den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechend, dem Werke der Einigung aber hinderlich und gefährlich, durchaus vermieden werden. Hingegen ist die königliche Regierung aber auch der Ansicht, daß den einzelnen Fürsten und Staaten nicht zugemuthet werde könne, einem großen Theil ihrer Selbstständigkeit zu entsagen, anders als zu Gunsten einer wirklich starken Centralgewalt, welche durch kräftigen Schutz die Opfer erzielt, welche sie fordert.“

„Die königliche Regierung hofft, daß die Erklärungen und Vorschläge, welche Ew. Excellenz hienach in deren Namen abgeben werden, sowohl bei den Regierungen als bei der Nationalversammlung eine günstige Aufnahme und

eingehende Erwägung finden, und daß sie das Werk der Verständigung fördern werden.“

„In Uebereinstimmung mit dem Eingangs ausgesprochenen Grundsatz enthält die königliche Regierung sich bestimmter Vorschläge über die §§ 1—3 des ersten Abschnittes, welcher den Titel „das Reich“ trägt. Sie glaubt, daß die Bestimmung darüber, welche Territorien den Bundesstaat bilden, erst dann formulirt werden könne, wenn festgestellt sein wird, welche Länder Deutschlands dem Bundesstaat beitreten wollen. Ebenso glaubt sie, daß das Verhältniß derjenigen Bundestheile, deren bestehende Verbindung mit außerdeutschen Staatskörpern besondere Modalitäten erfordere, erst dann geregelt werden könne, wenn die besonderen Bedingungen ihres Beitritts, welche Gegenstand weiterer Verhandlungen bleiben müssen, festgestellt sein werden. Sie hält für durchaus nothwendig, daß keine präjudicielle Beschlüsse gefaßt werden, welche diese Einigung erschweren oder ausschließen.“

„In Betreff des Abschnitts, welcher von der Gestaltung der obersten Executivbehörde des Bundesstaates handelt und den Titel „das Reichsoberhaupt“ führt, muß sich die königliche Regierung ebenfalls bestimmter Erklärungen für jetzt noch enthalten, und zwar um so mehr, als auch die Beschlüsse der Nationalversammlung in diesem Punkte nicht zu einem vollständigen Resultat geführt haben. Sie betrachtet diesen Theil der Verfassung insbesondere als abhängig von den Erklärungen und Vorschlägen, welche von den mitverbündeten Regierungen, die sich hierüber noch nicht geäußert haben, zu erwarten sind.“

„Die Gesichtspunkte, von denen die königliche Regierung ausgeht, hat sie bereits in der Circulardepesche vom 23. v. M. angedeutet.“

„Indem nun die königliche Regierung sich über die übrigen Verfassungsabschnitte ausspricht, und ihre Abänderungsvorschläge vorlegt, bezeichnet sie damit die Bedingungen und Grenzen, innerhalb deren sie selbst, und von ihrem Standpunkt aus, den Bundesstaat für realisierbar erachtet und ihm beizutreten bereit ist. Sie verkennt dabei nicht, daß die noch vorbehaltenen Erklärungen der übrigen Regierungen die Nothwendigkeit herbeiführen können, das Verfassungswerk in wesentlichen Punkten umzugestalten.“

„Insofern die ferneren Verhandlungen eine solche Nothwendigkeit ergeben sollten, hat die königliche Regierung Ew. Excellenz nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre Erklärungen über den Entwurf als über ein Ganzes abgegeben, und daß, falls wesentliche Voraussetzungen, auf denen dieses Ganze beruht, hinweggenommen oder modificirt werden sollten, danach auch ihre schließlichen Erklärungen sich werden ändern und vorbehalten bleiben müssen.“

„Ew. Excellenz wollen diese Instruction den von Ihnen über die Verfassungsfrage abzugebenden Erklärungen zum Grunde legen, und ermächtige ich Sie, dieselbe dem Präsidenten des Reichsministeriums mitzutheilen.“

„Berlin, den 16. Februar 1849.“

„(Geg.) Bülow.“

„An den königlichen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, Herrn Staatsminister Camphausen Excellenz, zu Frankfurt a. M.“

Deutschland.

* Frankfurt, 21. Febr. Nach den Beschlüssen der Reichsversammlung über die §§ 1 und 2 des Wahlgesetzes soll stimmberechtigt bei den Wahlen zum Volkshaufe jeder Deutsche sein, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, unbescholten ist, sich nicht in Concurs- und Faillitzustand befindet, und keine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln bezieht oder im letzten Jahre bezogen hat. Der § 11 des Entwurfs verlangt noch weiter einen festen Wohnsitz am Wahlorte, und dann ist zu entscheiden, ob das Wahlverfahren unmittelbar (direct), oder mittelbar durch Wahlmänner (indirect) stattfinden soll. Endlich liegt noch ein Vorschlag in der Mitte, wonach die Hälfte der Wähler aus den Höchstbesteuerten des Orts, die andere Hälfte aus den von den übrigen ernannten Wahlmännern bestehen soll. Würde sich aus den weiteren Beschlüssen ergeben, daß das Stimmrecht in der Ausdehnung der §§ 1 und 2 ohne die Bedingung des festen Wohnsitzes in directen Wahlen geübt werde, würden also § 11 nebst den Anträgen auf das indirecte oder auf ein gemischtes Wahlverfahren verworfen, dann wäre die Zusammenlegung des Volkshauses einer Mehrzahl überantwortet, welche sich nicht durch eigenes Urtheil über Personen und Sachen bestimmen läßt. Je nach den vorwiegenden Einflüssen würden die Wahlen heute im Sinne des Rücktrittes, morgen für den Umfurf ausfallen, sie würden nicht das Ergebnis eines besonnenen und fundigen Willens, sondern der Versprechungen und Drohungen von dieser oder jener Seite sein. Die Gefahr, daß es so kommen könne, daß wenigstens die erste Lesung eine Aus-

dehnung und Anwendung des Stimmrechts ergebe, welche sich nach den Erfahrungen aller Länder und Zeiten als unheilvoll bewiesen, und daher in den freiesten Staaten nicht eingeführt oder beibehalten wurde, diese Gefahr liegt nahe. Man wird sich davon überzeugen, wenn man die Abstimmungen von gestern und die Art und Weise, wie sie zu Stande gekommen sind, näher betrachtet. Der Verfassungsausschuß hatte dem Lebensalter von 25 Jahren und der Unbescholtenheit noch die Selbstständigkeit als Bedingung für die Ausübung des Stimmrechts hinzugefügt. Er hatte als Solche, welche diese Bedingung nicht erfüllen, außer den Failliten und Almosenempfängern noch diejenigen Klassen bezeichnet, die im Lohn und Dienste Anderer arbeiten, Diensthoten, Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter und Tagelöhner. Im Laufe der Verhandlungen war dieser Vorschlag gefallen und selbst vom Ausschusse aufgegeben. Die Versammlung erklärte sich beinahe einstimmig gegen die Aufnahme des Wortes Selbstständigkeit, und damit gegen die Ausschließung der genannten Berufsarten als solche von dem Stimmrechte. Man suchte nach andern Kennzeichen für die Urtheilfähigkeit, die Unabhängigkeit und das Interesse des Einzelnen an dem Gemeinwohl, ohne daß man diejenigen, welche diese Kennzeichen nicht haben, als unselbstständig hinstellen wollte. Daher kamen die Vorschläge: die Ausübung des Stimmrechts an die Bezahlung eines mäßigen Steuersatzes, oder an einen kleinen Besitz, oder an ein Einkommen von 200 Thalern und an einen eigenen Hausstand zu knüpfen. Alle diese Vorschläge wurden verworfen, und hier beginnt die traurige Wahrnehmung, daß die Mehrheit eine künstliche war, gebildet aus den ungleichartigsten Bestandtheilen und für Zwecke, welche dem Gegenstande, um den es sich handelte, fremd sind. Es stimmten nämlich gegen jede Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts und für eine Ausdehnung desselben, vor welcher sich die freiesten Staaten, vor welcher sich Nordamerika, die Schweiz, Norwegen u. a. im Interesse der Erhaltung des Gemeinwesens und der Freiheit wohl gehütet haben, — es stimmten für die verderbliche Schrankenlosigkeit der Massenwahlen nicht nur die Mitglieder, welche nach ihrer Ueberzeugung diese breiteste Grundlage für heilbringend und für eine Bürgschaft der Freiheit, wie für ein Recht des Volkes halten, — in diesem Irrthum ist die Mehrheit nicht befangen; es stimmten nicht nur dafür die Furchtsamen, denen im Herzen keine Beschränkung zu stark wäre, die es aber nicht wagen, dem notwendigen Maße öffentlich beizutreten; nein, zur Bildung der Mehrheit bedurfte es des Beiraths einer bedeutenden Anzahl von Mitgliedern, welche gegen ihre Ueberzeugung stimmten, welche auf die Seite ihrer politischen Gegner traten, um dafür wieder die Hilfe derselben gegen das Zustandekommen eines kräftigen deutschen Bundesstaates zu erlangen. Conservative Oesterreicher und Bayern stimmten mit der äußersten Linken zusammen; der in der Mainlust eingeleitete Handel trug gestern seine ersten Früchte. Einige dieser Mitglieder wirkten zu diesen Beschlüssen durch ihre Abwesenheit, andere dadurch, daß sie sich der Abstimmung enthielten (manche stimmten aus besserem Grunde nicht), die meisten dagegen trugen kein Bedenken, ihre Stimmen um den Preis einer Schwächung des Bundesstaates hinzugeben. So widerlich diese Erscheinung war, so streng ist das Urtheil, welches sie treffen wird, und es ist fast undenkbar, daß eine so unnatürliche Verbindung Bestand haben könne. Die Probe der zweiten Lesung wird dies zeigen, und wir haben alle Ursache zu glauben, daß die Vereinigung Aller, welcher der Bundesstaat wollen, stärker sein werde als das Band, welches die ungleichartigsten Bestandtheile der Gegenpartei für den Augenblick zusammenhält. Wir müssen jedoch Herrn Mittermaier ausdrücklich gegen den Verdacht, der in seiner gestrigen Rede Nahrung finden könnte, in Schutz nehmen, als gehöre er jener Coalition an. Berauscht von dem Beifall der Galerien und der Linken, erging er sich in Angriffen gegen einen nicht mehr vorhandenen Gegner — den ursprünglichen Antrag des Verfassungsausschusses. Er sagte uns, wie gut die Arbeit in Deutschland bezahlt ist, wie ein Schneidergeselle, dem die Welt offen steht, jährlich 1500 fl., ein Braumeister, dessen Gebräu die Welt regiert, 2000 fl., ein Zuckerrüben in Magdeburg, der alle Leiden versüßt, mehr als ein Staatsrath einnimmt. Und solche Männer sollten kein Stimmrecht haben! Aber nach den Anträgen, die noch in Frage waren, sollte ein bescheidenes Einkommen von 200 Thln. schon das Stimmrecht geben; warum verschwieg Herr Mittermaier dies, und warum stimmte er selbst gegen jene Anträge, die noch weniger verlangten? Was sollten die Wige von dem Verstand, den eine reiche Frau oder das große Loos einem Manne bringen, von den Zehntels- oder Zwanzigstelsseelen der Urwähler, die Bilder von dem Hunde, dem man einen Knochen hinwirft, was sollten diese Speisen, welche der akademische Hörsaal längst nicht mehr genießen will, auf der Rednerbühne in der Paulskirche! War es loyal, zu sagen, Kottet habe seine Ansicht von der Zulässigkeit eines Censur für das Stimmrecht bei Wahlen und Volksvertretung geändert, und zu verschweigen, daß er den Censur nur bei Gemeindevahlen verwarf, wo Keiner stimmen darf, der nicht Gemeindebürger ist. Und wozu diente das Anathema gegen den Entwurf des Wahlgesetzes, — gegen die Brandfackel, deren Zündstoff nicht zu berechnen sei, als die Seelenangst zu verrathen, die sich schaut, auch dem schädlichsten Vorurtheile der bethörtesten Menge entgegenzutreten! Hat endlich Herr Mittermaier nicht selbst im Ausschusse mitgewirkt, daß der ursprüngliche Antrag nicht zurückgenommen wurde? — Nein, wir müssen Herrn Mittermaier das Zeugniß geben: Er gehört nicht zur Coalition.

Frankfurt, 21. Febr. So sind denn alle Anträge auf weise Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts in der gestrigen Sitzung in der Minderheit geblieben! Die Nationalversammlung hätte sich können ein großes Verdienst erwerben, hätte sie den Muth dazu gefunden. Daß Herr Mittermaier, der schon für das suspensive Veto ge-

sprochen, in Baden selbst für die Geschworenen allen Censur abgeschafft, nun auch heute für das allgemeine Wahlrecht sprach, wundert uns nicht mehr. Wie viele einst große Namen haben in der Paulskirche schon ihr Grab gefunden! Wie Manchen hat der Beifall der Galerien berauscht, und darüber das bleibende Urtheil denkender Männer überhören lassen! Aber das ist unter dem vielfach Unerfreulichen unserer Zeit der große Gewinn für die Nation, daß sie die echten Charaktere kennen lernt. Die trefflich geschriebenen „Brustbilder aus der Paulskirche“, von welchen eben die zweite Auflage erschienen, werden dazu das ihre beitragen. Die gestrige Abstimmung über das Wahlgesetz ist aber darum doch nicht das Ergebniß Mittermaier'scher Reden. Wenn wir hörten, wie österreichische Mitglieder, die bei ihren Landsleuten sonst für schwarz-gelb galten, und in politischen Fragen sich der äußersten Rechten angeschlossen, wie die Somaruga, Mühlfeld, Beda Weber und Andere, gestern mit der Linken stimmten, so mußte diese Geschmeidigkeit politischer Ueberzeugungen erstauern, aber auch schon jetzt begierig machen auf die zweite Lesung der Verfassung. Warum sollte nicht das ganze Verfassungswerk wieder demolirt werden können? Können nicht selbst in den wichtigsten politischen Grundfragen politische Ueberzeugungen sich in wenigen Wochen ändern? Aber daß ja Niemand an eine Coalition glaube! Man müßte ja sonst für möglich halten, daß Oesterreich auf einer Seite sich mit Rußland und auf der andern mit einer republikanischen Partei verbündet, und das käme ja gar auf die Politik eines Richelieu hinaus, der in Frankreich die Protestanten verfolgte, in Deutschland aber sie unterstützte. Ebenso unmöglich, wie solche österreichische Politik, ist wohl die Beschränktheit gewisser Fractionen der Nationalversammlung, die noch immer nicht einsehen, daß nun die Zeit gekommen ist, wo aller kleine Parteihader schwinden muß und es für alle Vaterlandsfreunde zur ersten Pflicht wird, zusammenzutreten zu einer großen Partei, zu einer deutschen Partei, welche weiter nichts in ihr Programm aufzunehmen braucht, als den Entschluß, sich das mühsam aufgetriebene Werk nicht wieder zerföhren zu lassen, und darum jede Allianz mit Rußenfreunden und Demokraten abzuweisen. Das Wahlgesetz erleidet übrigens noch eine zweite Lesung, vor welcher es noch nicht als ein Gesetz betrachtet werden kann. — Inzwischen wird es sich gezeigt haben, ob Oesterreich dem Bundesstaate beitrifft oder nicht. Im letzteren, jetzt fast von Niemanden mehr bezweifelte Falle kommen wir auf unseren neulichen Vorschlag zurück, daß man die Stimmen der Oesterreicher nachträglich abziehe. Um das zu können, ist es ganz zweckmäßig, daß man über die hauptsächlichsten Bestimmungen namentlich abzustimmen fortfahre.

Frankfurt, 21. Febr. So war also die Notiz, die Sie zuerst gegeben, trotz allen Widerspruchs, doch wahr: die bayerische Regierung, wie nun Graf Bray im Reichsrathe selbst zugibt, hat allerdings über die künftige deutsche Verfassung, also über eine innere deutsche Angelegenheit, Erklärungen am Londoner Hofe abgegeben. Ob diese Erklärungen sich auf das Verbleiben im engeren oder weiteren Verande oder auf das künftige Reichsoberhaupt, oder auf welcher anderen Theil der deutschen Verfassung bezogen, bleibt für die Beurtheilung der That selbst gleichgültig; ja man kann sich einigermaßen darüber freuen, wenn die Enthüllung des Geheimnisses in einem Nebenpunkte nicht vollkommen genau war, weil dadurch der Minister in den Stand gesetzt wurde, das trostlose Bekenntniß doch wenigstens mit irgend einer entrüsteten Zurückweisung zu begleiten, die wir ihm von Herzen gönnen, und zwar um so mehr, als er bei diesem Anlasse im Namen seiner Regierung die Versicherung gab, Bayern werde dem deutschen Bundesstaate beitreten, auch wenn die künftige deutsche Verfassung nicht in allen Stücken ihren Anforderungen entspreche. Dieser Ausdruck ist ein höchst wichtiger, eine weitere Bürgschaft für das Gelingen des großen Einigungswerkes, und sollte, wie nicht unmöglich, die Enthüllung des Verkehres mit dem Londoner Cabinet zu diesem beruhigenden Ausdruck mitgewirkt haben, so hat sich Ihr geschätztes Blatt durch erstere ein nicht geringes Verdienst erworben. — Was nun das Zustandekommen des Verfassungswerkes selbst betrifft, so ist, wie wir hören, Herr Kohlshütter, der königlich sächsische Bevollmächtigte, aus Dresden zurückgekehrt und hat die Erinnerungen seiner Regierung gegen einzelne Bestimmungen der einmal gelesebenen Verfassung bereits dem Reichsministerium überreicht. Ebenso ist gestern Graf Verdenfeld-Röfing aus München zu gleichem Zwecke angelangt, auch Herr v. Bothmer ist aus Hannover zurück, und sind wir recht unterrichtet, so wird auch Herr Camphausen gemeinsam mit einer Anzahl anderer Bevollmächtigter noch vor Ablauf dieser Woche eine Collectivklärung einreichen. Es sind dann alle deutsche Staaten bis auf Oesterreich dem an sie ergangenen Aufrufe gefolgt. Aber Oesterreich? Es geht einen zweifachen Weg, einen negativen und einen positiven. Keine Unterhandlungen mit dem Reichsministerium, nicht einmal eine Antwort auf die befallige Note der provisorischen Centralgewalt Deutschlands; auf der andern Seite aber schärft das Cabinet zu Dmüg, wie der ministerielle „Lloyd“ berichtet, die Vorname aller rückständigen Wahlen für Frankfurt ein! Wann werden doch dem „Landesberg“, „Württemberg“ und „Pariser Hof“, und wir sollten denken auch „Westendhall“, die Augen aufgehen? Wann wird Hr. Welcker endlich seine Selbstkraft wieder erlangen? Er und Hr. v. Schmerling sind in der That eigenthümliche Bevollmächtigte ihrer Regierungen. Mit welchem Eifer hat der Letztere einst die Autorität der Centralgewalt der österreichischen Regierung gegenüber behauptet! Wie durchdrungen war er doch von der Nothwendigkeit schneller Unterhandlungen zwischen Frankfurt und Dmüg! Und jetzt findet er es mit seinen Grundfäden verträglich, der Vertreter einer Regierung zu sein, die das Gegenheil dessen thut, was er für nothwendig erkannt, die sich weder unterordnet, noch unterhandelt! Und ebenso glaubt Hr. Welcker seine nach dem entgegengesetzten Ziele leidenschaftlich steuernde Thätigkeit vereinigen zu dürfen mit der so würdigen Politik seiner Regierung. Die gestern in Ihrem Blatte veröffentlichte Erklärung derselben bildet

wiederum eines der schönsten Actenstücke der neuesten deutschen Geschichte. Ob wohl die Badener eine solche Regierung zu würdigen wissen? Wir könnten nur wünschen, eine so durch und durch deutsche Politik möchte allen deutschen Höfen zur Richtschnur dienen. Mit der badischen Regierung sagen wir, daß es unmöglich geworden, in die alte Wiener Congress-Politik zurück zu verfallen, und wer dies nicht einseht, dem muß man immer wieder Federath's täglich wahrer werdendes Wort zurufen: „das Warten auf Oesterreich ist der Tod der deutschen Einheit!“

Frankfurt, 20. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ von vorgestern kommt abermals auf die Behauptung zurück, es habe das Reichsministerium auf Erklärungen deutscher Regierungen bezüglich des künftigen Reichsoberhauptes Antwortschreiben erlassen, „unbestimmt darum, ob und wie der Reichsverweser darüber etwas in Erfahrung bringe“. Diese Behauptung, wenn auch noch so oft wiederholt, bleibt eine Lüge. Eine Partei, die zu solchen Waffeln greift, richtet sich selbst.

Wien, 17. Febr. Das eben erschienene 23. Armeebulletin ist unfreilich das wichtigste, welches wir seit lange erhalten; Feldmarschall-Lieutenant Gläser hat Alt-Adrad genommen, die Batterie der Insurgenten am rechten Maros-Ufer zerstört, und darin die gegen die Festung eingefahrenen Kanonen, 23 an der Zahl, genommen. Alt-Adrad wurde von der Festung aus wegen der bewiesenen Böswilligkeit der Bewohner mit Granaten beworfen, an vielen Stellen angezündet und das Feuer die ganze Nacht erhalten. Auch die Festung Eslegg hat sich am 13., ohne irgend einen Angriff abzuwarten, ergeben. Graf Schlick hat sich mit seinen drei Brigaden bei Torna aufgestellt, um die starke feindliche Colonne, welche sich durch die Zips nach Kaschau und den Theißgegenden bewegt, dort anzugreifen und sich mit General Göz zu vereinigen. Das erwähnte Bulletin lautet: „Gleichzeitig mit den bereits bekannten Vortheilen, welche unsere tapfere Armee unter Oberst Urban im Norden Siebenbürgens trotz der Kälte und des starken Schneefalles über die Insurgenten errungen, hatten wir uns eines ähnlichen nicht minder glänzenden Erfolges durch die Truppen des Feldmarschall-Lieutenants Gläser bei Adrad zu erfreuen, welcher, dem erhaltenen Befehl gemäß, mit seiner aus Abtheilungen des Theodorovich'schen Corps zusammengefügten Division in dem Marosbale gegen Siebenbürgen zu operiren beauftragt ist. Die Insurgenten versuchten mit einer starken Colonne bei Szaderlat überzugehen, und bedrohten hierdurch unsere linke Flanke. Feldmarschall-Lieutenant Gläser ließ hierauf die ersten Häuser von Alt-Adrad durch zwei Bataillone P-terwaderner Grenzer nehmen, und 1 Bataillon Leinwägen, dann 1 Bataillon Illirisch-Banater zum Sturm vorrücken. Nach einem hartnäckigen, blutigen Kampfe wurde der Feind geworfen, und sämtliche von den Insurgenten am rechten Marosufer gegen die Festung errichteten Batterien zerstört und die darin eingefahrenen Kanonen, 23 an der Zahl, erbeutet; davon wurden 11 von schwermem Caliber in die Festung geschafft, 3 in die Maros versenkt, 3 vernagelt, zwei dem k. k. österreichischen serbischen Armeecorps zur Disposition gestellt, und 4 von der braven Feuerschwarzer Artillerie demontirt, 3 feindliche Munitionskarren erobert, und außerdem feindliche Munition an mehreren Orten in die Luft gesprengt. Alt-Adrad wurde von der Festung aus wegen der bewiesenen Böswilligkeit der Einwohner mit Granaten beworfen, an vielen Stellen angezündet und dieses Feuer die ganze Nacht erhalten. Auch wurden bei dem Gefechte 40 Gefangene gemacht. Infolge einer so eben erhaltenen Mittheilung des Herrn Feldzeugmeisters Grafen Nugent aus Eslegg vom 13. Februar hat sich die Festung Eslegg ohne irgend einen Angriff abzuwarten, am selben Tage ergeben. Drei Bore wurden sogleich von den Cernirungstruppen besetzt und am 14. Vormittags strickte die Garnison auf dem Glacis die Waffen. Von der Colonne des Hrn. General Göz, der sich, wie wir bereits früher gesagt, mit der Brigade des Generals Fürst Jablonowsky bei Ternaui vereinigt hatte, und gegen Leutschau das fliehende Rebellenheer unter Görgey verfolgte, sind Nachrichten vom 13. aus Berthofsalva, einige Stunden von Epries, eingetroffen. Sie erweisen, daß die allerdings starke feindliche Colonne, welche einen starken Train an Geschützen und Bagen bei sich führt, nachdem sie durch die Zips, wo sie alle Brücken und Wege zerstört hatte, durchgedrungen, von Epries die Straße gegen Kaschau eingeschlagen habe um gegen die Theiß die Verbindung mit den andern Rebellenheeren zu suchen. Feldmarschall-Lieutenant Graf Schlick hat mit seinen drei Brigaden in der Flanke dieser sich mühsam bewegenden und alles verberberenden feindlichen Colonne eine Aufstellung bei Torna genommen, um sie auf diese Art am besten anzugreifen, sowie er sich mit der Colonne des General Göz in Verbindung gesetzt haben würde, welches nun auch über Margitfalva, Einfeld und Schmöllnitz geschah. Der General Göz hatte bei Margitfalva ein Gefecht mit einem Streifcorps der Rebellen, wobei mehrere Russen gefangen wurden, die über die Lage und Absicht des Feindes genaue Auskunft gaben. Da sich zugleich unter dem Feldmarschall-Lieutenant Schlick eine große Abtheilung bei Miskolcz aufgestellt, so werden wir nächstens über die Ereignisse in diesen Gegenden genaue Berichte zu erhalten im Stande sein. Wien, am 17. Febr. 1849.“

Wien, 17. Febr. In der heute stattgefundenen Wählerversammlung zur Wahl eines Deputirten zum österreichischen Reichstage wurde als solcher Dr. v. Mühlfeld, bisheriger Deputirter in Frankfurt, mit großer Stimmenmehrheit gewählt. — Das Reichsgesetz über das deutsche Wechselrecht ist für ganz Oesterreich, deutsche und nicht-deutsche Länder (für letztere mit wenigen unwesentlichen Aenderungen) anerkannt worden. — In der heutigen „Wiener Zeitung“ werden diejenigen staats- und rechtswissenschaftlichen Fächer angegeben, über welche in den Sälen des k. k. Theresianums Vorlesungen gehalten werden sollen. Es sind mit wenigen Ausnahmen dieselben Disciplinen und dieselben Professoren, die bisher an der Wiener Universität gehört wurden. Der Zeitpunkt der Eröffnung jener Vorlesungen wird nachträglich bekannt gegeben werden. — Dr. Freiherr v. Feuchtersleben wurde auf sein Ansuchen von dem Amte eines Vicedirectors der medizinischen Studien enthoben unter voller Anerkennung seiner besonderen Verdienste. — Die Klage über Mangel an Scheidemünze ist allgemein. Demungeachtet sind die heraus entspringenden Nachtheile im Verkehr hier bei weitem nicht so groß, als in den Provinzialstädten; so wird z. B. in Brünn, wie wir vernehmen, für fl. 1 C. M. kleine Münze 12 kr. W. W. Agio bezahlt. — Nicht minder ist die Klage über unrichtige und verzögerte Postbeförderung allgemein; seit einigen Tagen ist der Postenfuhr mit Italien sehr unregelmäßig, was zu allerlei Gerüchten über ernstliche Vorgänge daselbst veranlaßt.

Prag, 15. Febr. Der „Allgemeinen Zeitung“ wird von hier berichtet, daß einige Compagnien Militär nach dem Berauner Kreis beordert wurden, weil sich das Volk dort gegen die Recrutirung sträubt. Dasselbe vernimmt man aus

dem Klattauer, Pilsner, Saazer Kreise, aus Reichenberg und seiner Umgegend. Die Leute sagen: „Wir wollen unsere Söhne nicht zur Schmälerung der Freiheit hergeben, wir gehorchen nur, wenn der Reichstag die Recrutirung anordnet.“ Das Volk ist sich zu einem passiven Widerstand entschlossen; es will ruhig bleiben, aber sich nicht zur Recrutirung stellen. Auch aus andern österreichischen Ländern, z. B. Oberösterreich, wird Ihnen wahrscheinlich Ähnliches berichtet werden. Bei solchen Umständen dürfte die kürzlich in Kremsier vorgekommene Interpellation hinsichtlich der ohne Bewilligung des Reichstags angeordneten Recrutirung von doppeltem Gewicht sein.

Kremsier, 15. Febr. Ueber die heute abgehaltene geheime Sitzung des Reichstags, in welcher bekanntlich die Angelegenheit des Abg. Raim berathen wurde, theilt die Wiener lith. Correspondenz Folgendes mit. Die Czechen waren und sprachen für die Ausfolgung ihres Landsmannes, welche das Vorspiel zur Inkriminirung von 10 bis 12 Deputirten werden würde. Schuselka hat das Princip der Nichtausfolgung auf eine ergreifende Weise vorwortet. Es ist noch nicht sicher, ob die Kammer sich auf 8 Tage wegen der letzten Carnevalstage vertagen werde oder nicht. Die kaim'sche Angelegenheit erweckt ungemeine Aufregung und selbst die jetzige Verhandlung über die Grundrechte tritt darüber in den Hintergrund. Die Debatte war äußerst stürmisch, stürmischer als je eine im österreichischen Parlament. Nach 10stündiger Berathung wurde der von der Commission vorgeschlagene Antrag, nach welchem dem Abgeordneten Raim zur Recursergreifung an das Appellationsgericht eine Frist von 14 Tagen gestattet wird, wonach der Reichstag das Weitere berathen und entscheiden werde, mit 167 gegen 139 Stimmen angenommen. Die vom Justizministerium verlangte Auslieferung ist auf diese Weise zurückgewiesen.

Hannover, 19. Jan. Heute stand die zweite und letzte Berathung über unbedingte Anerkennung der Grundrechte auf der Tagesordnung der zweiten Kammer. (Wir haben das Resultat dieser Sitzung noch in einem Theil der Exemplare unserer gestrigen Beilage nachschriftlich mitgetheilt.) Nach Verlesung des Protocolls der vorigen Sitzung und nach Bekanntgebung der Einläufe, worunter wiederum viele Petitionen und Adressen auf unbedingte Anerkennung der Grundrechte lauten, erhob sich der Minister Stüve und erklärte, das Ministerium habe bereits am Sonnabend, nachdem sich die Mehrheit der zweiten Kammer durch ihren Beschluß gegen dasselbe ausgesprochen, den König um seine Entlassung gebeten, derselbe habe sich seine Entlassung noch vorbehalten, weil er zuvor die Gründe der Demission wissen wolle. Das Ministerium werde daher für einweilen die laufenden Geschäfte fortführen. Dieser Eröffnung folgte tiefe Stille in der Kammer und Bewegung auf der Galerie. Sofort erhob sich der Abg. Buddenberg und stellte den Antrag: Die weitere Verhandlung über die Grundrechte heute nicht vorzunehmen. Es entsteht hierüber eine längere Debatte, an der sich Lang II., Humann, Hantelmann, Elissen u. theilnehmen, die sämtlich für die Fortberathung sprachen. Diese wichtige Angelegenheit müsse zur Entscheidung kommen. Andere meinen, dem Ministerium sei wohl eine 24stündige Frist zu gönnen. Als nun namentlich darüber abgestimmt wird, ob weiter berathen werden soll, oder nicht, erklären sich 44 gegen 31 Stimmen für die fernere weitige Berathung über die Grundrechte. Die Minister verlassen den Saal. Bewegung in der Kammer und auf der Galerie. Es wird darauf wieder über die deutsche Frage verhandelt. Lang II. sprach wieder mit Kraft und Begeisterung im deutschen Sinne; ihm schlossen sich würdig an: Freudentheil, v. Neden, Elissen, Niehl von Nordheim u. Der von Neumann gestellte Antrag auf commissarische Behandlung der Grundrechte findet wenig Beifall. Vicepräsident Franke bringt einen Vermittlungsantrag ein, der im Wesentlichen dahin geht: die Regierung zu ersuchen, die Grundrechte nebst dem Einführungsgeetze zu veröffentlichen u. Da aber in diesem Antrage das Princip, um welches es sich bei der ganzen Frage handelt, nicht berührt worden ist, so findet auch er nur wenig Anklang. Der dritte Antrag ist der des Abg. Lang I. — Nach langen Verhandlungen schreitet man gegen 5 Uhr über diese drei Anträge zur namentlichen Abstimmung. Der auf Niederlegung einer Commission wird mit 53 gegen 22 Stimmen verworfen. Der französische Vermittlungsantrag fällt mit 52 gegen 23 Stimmen, und der Antrag Langs I. wird mit 56 gegen 18 Stimmen angenommen! — Die zweite hannov. Kammer hat demnach entschieden deutsch gehandelt. Was nun kommen, was da will, Hannovers Ehre ist gerettet. Die 56 haben im Sinn und Geist des hannoverschen Volksstammes gehandelt! Die gelb-weiße, particularistisch gesinnte Bürgerwehr beabsichtigt, große Demonstrationen für das Ministerium vorzunehmen.

Celle, 15. Febr. Gestern hat eine aus Magistratsmitgliedern, Bürgervorstehern und mehreren Wahlmännern bestehende Versammlung sich (mit Ausnahme einer Stimme) einstimmig für die Anerkennung der Grundrechte ausgesprochen. In gleichem Sinne hat sich heute Abend eine der zahlreichsten hier stattgehabten Volksversammlungen, die sich mit musterhafter Ruhe und Würde benahm, in einer Adresse an unsere Stände und die Reichsversammlung erklärt. (D. Reichstg.)

Stuttgart, 19. Febr. 83te Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Zwerger beantragt eine Bitte an die Regierung, um bei der Centralgewalt dahin zu wirken, daß die in Baden zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgestellten württembergischen Truppen zurückgezogen oder durch andere ersetzt würden, welche Bitte zum Kammerbeschluß erhoben wird und deren Erfüllung, wie Staatsrath Römer bemerkt, von der nächsten Zeit abhängen wird, wo wieder ein sogenannter Putz erwartet werde. Reyscher berichtet über mehrere Petitionen, welche eine constituirende Versammlung verlangen. Diese werden der Regierung zur Kenntnisaufnahme mitgetheilt und vom Ministerium wird die Erklärung beifällig aufgenommen, daß

die Regierung in aller nächster Zeit ein Wahlgesetz vorlegen werde, weil das Vertrauen im Volke auf eine neue Versammlung größer sei, als wenn die gegenwärtigen gesetzlichen Organe das Verfassungswerk vornehmen würden. Bei dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten werden, gegen den Commissionsantrag, die Staatsüberschreitungen, welche namentlich von dem Wechsel bei dem Gesandtschaftspersonal herrühren, als gerechtfertigt anerkannt. Nach dem neuesten einjährigen Etat für 1848 — 49 sind eingebracht 208,144 fl. Einige Ermäßigungen wurden beim Ministerium beliebt und z. B. mit 37 gegen 35 Stimmen nur die Hälfte der Besoldungen für die Ex-peditoren verwilligt, als aber das Markten der Commission selbst an die Zeitungen gehen wollte, welche dies Ministerium gewiß am nothwendigsten bedarf, so fand die Kammer dies doch für zu klein und unangemessen. Der Commissionsantrag, die Entbehrlichkeit des Departements des Aeußern auszusprechen, wurde fallen gelassen, indem Staatsrath Römer die reine Unmöglichkeit, diese Stelle aufzuheben, nachwies, weil es in auswärtigen Verhältnissen, sowohl in privatrechtlichen als öffentlichen, noch so viel zu thun gebe, daß dafür auch nach Aufstellung von Reichsgesandten immer noch eine besondere Kanzlei in Württemberg bestehen müsse. Daß diese Kanzlei mit dem Justizministerium unter einem Chef vereinigt werde, sobald Reichsgesandte aufgestellt seien, wird sofort von der Kammer beschlossen. Was die Gesandtschaften betrifft, so wurde der Commissionsantrag angenommen, die Kammer wolle sich gegen die Beibehaltung eines ständigen diplomatischen Verkehrs Württembergs mit andern deutschen und auswärtigen Staaten und für die Zurückberufung aller diplomatischen Agenten aussprechen. Daß aber dieser Beschluß für den Augenblick unzweckmäßig und überflüssig sei, bewies sogleich die nachfolgende Verhandlung, denn nicht nur wurden fast einmüthig die Besoldungen für die diplomatischen Geschäftsträger in Wien, Berlin und München, sondern mit großer Mehrheit auch die für Paris und Petersburg für das ganze Etatsjahr noch verwilligt. Dies geschah im Einverständnis mit der Erklärung des Ministeriums, daß sämtliche württembergische Gesandte werden abberufen werden, sobald Reichsgesandte daseien, und daß insbesondere gegenwärtig die Verhältnisse Deutschlands in Wien, Berlin und München ebenso regulirt werden, als in Frankfurt, daß gerade die jetzige Stellung des Gesandten in München von der höchsten politischen Wichtigkeit sei, um auf Bayerns Entschliesung einzuwirken, damit dieses wenigstens, wenn auch Oesterreich sich vom deutschen Verfassungswerk ausschließe, nicht das Gleiche thue, wodurch Württemberg isolirt würde. Das Ungeegnete der von einigen Seiten verlangten Aufstellung von Privatpersonen als Agenten mit amtlichem Charakter wies Geh. Legationsrath v. Wächter nach, welcher die bisherigen Einrichtungen in seinem Departement überhaupt sehr geläufig vertheidigte.

Zufolge aus Petersburg eingegangenen Nachrichten ist der Kronprinz am 9. d. M., Abends, im besten Wohlbefinden dafelbst angekommen. Seine Gemahlin, die Kronprinzessin, ist an den Nasern — übrigens in leichtem Grade — erkrankt.

Frankreich.

Paris, 19. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Berathung des Wahlgesetzes fortgesetzt. Nachdem Art. 26 des Entwurfs angenommen worden, unterbrach Pelletier mit einer Interpellation an den Minister des Innern die Debatte. Er verlangte zu wissen, warum die im Juli v. J. aufgelöste Nationalgarde in Lyon noch nicht wiederhergestellt worden sei, da die Wiederherstellung in jenem Auflösungsdecrete ausdrücklich versprochen worden? Hierauf erklärte Faucher, Minister des Innern, daß er die betreffenden Acten durchgesehen und folgenden Thatbestand gefunden habe: Nach dem Februar wurden allen Bürgern Waffen überliefert. Waffen in den Händen des Proletariats seien aber gefährlich. Lyon sei eine gewerbreiche Stadt und es hätten sich dort immer zwei Klassen einander gegenüber gestanden; hierin liege der Grund, weshalb seine Vorgänger schon Bedenken getragen, Waffen in Hände zu geben, die kein Vertrauen einflößen. Er theile mit dem Lyoner Präfecten diese Bedenken und habe es darum gerade jetzt für höchst gefährlich, einer solchen Bevölkerung Waffen in die Hand zu geben. Dem entgegen bemerkte Chanay, die Nationalgarde von Lyon habe der Republik große Dienste erwiesen, sie könne ihr deren noch erweisen. Kein Motiv dürfe also ihre Reorganisation aufhalten. Jeder Verzug sei ein Hohn auf die patriotischen Gefühle jener braven Bevölkerung. Jervillat unterstützte im Namen der Mehrzahl der Lyoner Stadtbürger die Bedenken des Ministers. Das Arbeitervolk sei wegen seines communistischen Geistes bekannt. Er, der Redner, könne sich also nur den Behörden beigesellen. Dautre protestirte energisch gegen solche Verleumdung des Geistes der Lyoner Arbeiter. In einer Replik, sagte er, müsse gleiche Berechtigung herrschen. Pelletier und Lagrange treten in demselben Sinne auf. Die Versammlung ließ indeß die Interpellation fallen und kehrte zur Berathung des Wahlgesetzes zurück. Dieselbe wurde in ihrem weiteren Verlauf abermals unterbrochen und zwar durch Cavaignac, der den Minister des Innern wegen eines in der „Union“ enthaltenen Artikels, in welchem dem General Intriguen niedrigster Art in der Armee vorgeworfen werden, interpellirte. Cavaignac erklärte, er habe das genannte Blatt nicht der Verleumdung anklagen wollen, weil er nur als Privatmann angegriffen worden sei, und als solcher keine Macht hätte seinen Anschuldiger zu einer Führung des Beweises für die angegebenen Thatsachen zu zwingen. Aus diesem Grunde habe er sich entschlossen, an die Regierung zu wenden. Er frage, ob der Minister des Innern und General Changarnier Kenntniss hätten von den in der „Union“ angeführten Thatsachen? Leon Faucher und Changarnier erwiderten hierauf, daß ihnen dieser Artikel nicht bekannt sei. Sie könnten überhaupt nicht begreifen, wie Cavaignac auch nur einen Augenblick habe daran denken können, ihnen eine, wenn auch nur sehr entfernte Theilnahme an derartigen Angriffen

zuzuschreiben. Nach diesem abermaligen Zwischenfall wurde in der Berathung des Wahlgesetzes weiter geschritten. Zu Ende der Sitzung verlangte Ledru Rollin das Wort, um wegen der italienischen Angelegenheiten zu interpelliren. Die Versammlung beschloß indeß, erst morgen den Tag für diese Interpellation bestimmen zu wollen. Die Appellation der wegen Ermordung des Generals Brea Verurtheilten ist verworfen und das kriegsgerichtliche Urtheil durchaus bestätigt worden.

Spanien.

Madrid, 13. Febr. Der Antrag des Abg. Sanchez Sylva, die Kammer möge die Dringlichkeit der Budgetvorlage aussprechen, ist mit starker Majorität verworfen worden. Die Debatten in beiden Kammern boten heute nichts bemerkenswerthes dar. Der Senat discutirte den Gesetzentwurf in Betreff der Minen, und die Deputirtenkammer beriet den Gesetzentwurf über öffentliche Wohltätigkeit. — Es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß die behufs der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und England eingeleiteten Unterhandlungen zu einem günstigen Ziele führen. Von dem Einflusse Mora's, eines persönlichen Freundes Lord Palmerston's, den die spanische Regierung vor einigen Tagen nach London abschickte, verspricht man sich viel für die gewünschte Ausgleichung. Die Sendung Bulwer's in die vereinigten Staaten beweist nicht minder, daß die englische Regierung einer solchen geneigt ist. Ihrerseits hat die spanische Regierung Hrn. Garcia Miranda mit dem Titel eines Generalkonsuls in London, wo seit dem Rücktritt Barrero's das spanische Consulat erledigt war, accreditirt.

Portugal.

Lissabon, 9. Febr. Das neue Cabinet ist folgendermaßen zusammengesetzt: Finanzen, Lopes Branco; Krieg, Baron d'Orem; Marine, Sa Bargas; Inneres, Saldanha; Aeußeres, Gomes de Castro. Bei den Angriffen, denen das Ministerium von allen Seiten her ausgesetzt ist, dürfte dasselbe wohl nicht lange auf seinem Platz bleiben. — Der Geldmangel wird von Tag zu Tag fühlbarer und der Zustand der Bank bedrohlicher. Nach der Ansicht der hiesigen Finanzmänner gibt es keinen andern Ausweg als den Bankrott. — Die Ausfuhr hat abgenommen, in Folge dessen ist der Ueberschuß an Wein so groß, daß man in der Umgegend von Lissabon ein Stück von 500 Flaschen sehr leicht für 18 Franken erhält. — Die Familie Cadaval, welche sich lange Zeit in Frankreich aufgehalten hatte, ist wieder hieher zurückgekehrt.

Nachricht.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hatten gestern Abends kaum noch eine Spur von Fieber. Die Nacht war wohl noch durch Husten gestört, allein der Schlaf war erquickend und stärkend, theilweise Krisen stellten sich ein. Wir sehen daher mit größerer Zuversicht einer vollkommenen Genesung entgegen.

Frankfurt, den 22. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

München, 19. Febr. Bei Postschluß verbreitet sich die Nachricht, Herr Heing, der bisherige Justizminister, sei zum Minister des Innern ernannt und Ministerialrath Dr. Ringelmann zum Justizminister, während die drei Minister, des Aeußern, des Kriegs und der Finanzen, ihre Portefeuilles behalten würden. (N. W. Z.)

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, meldet die „Bamb. Jtg.“, wird das Ministerium mit Ausnahme Beisler's dennoch im Amte bleiben. Der König hat, obgleich nach hartem Widerstande, dem Verlangen der bisherigen Minister, die factisch noch immer fortbestehende Cabinetswirtschaft aufzugeben, endlich nachgegeben und wird den bisherigen Cabinetssecretär Schilcher, nun Rath im Ministerium des Aeußern, seinem eigentlichen Posten überlassen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 21. Febr. Auch an heutiger Börse weichen die Course fast sämtlicher Papiere nur sehr wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab. Von österreichischen Effecten bleiben 5 pCt. Met. 75 1/2, 3/4 pCt. 2 1/2 pCt. do. 39 3/4 pCt., Wiener Bankactien 1191 G., 500 fl. Loose 126 3/4 pCt., 250 fl. Loose ohne Umslag. Von den übrigen Anlehenstloosen kurhessische 40 Rthlr. Loose mehr angeboten: 27 3/4 Rthlr. G., Badische 35 fl. Loose 28 1/2 à 3/4 fl., do. 50 fl. Loose 49 1/2 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 2 3/4 fl., ditto 50 fl. Loose 70 3/4 fl., Nassauische 25 fl. Loose 20 3/4 fl., Poln. 500 fl. Loose 75 1/4 Rthlr. Süddeutsche Obligationen preislos. Von belgischen Obligationen 2 1/2 pCt. Belg. etwas niedriger: 43 3/4, 4 1/2 pCt. do. 81 1/2, 5 pCt. do. 90 1/2. Holländ. 2 1/2 pCt. Integr. auch heute gefragt: 50 1/2, 3/4 pCt. G. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn etwas flauer: 37 3/4 Rthlr., Verbach fest: 74 1/2 pCt., Köln-Minden 79 3/4 pCt., Taunus 288 fl. G. 5 pCt. Ardoin's heute darin nichts gethan, in 3 pCt. inländ. Span. bleibt das Geschäft fortwährend sehr belebt, schließt am Ende 22 1/2 pCt. Geld. Von Wechseln London 120 3/4, Paris 95 1/2, Amsterdam 100 3/4, Augsburg 119 3/4, Wien 106 7/8. Nach Ausgabe der Madrider Post vom 13. d. M. bleiben 3 pCt. inländ. Span. in der Effectenlocat wie an der einheimischen Börse, etwas wenig niedriger im Course: 22 1/2 pCt. Geld. Der gute Wille und steigende Tendenz für benannte Fonds auf hiesigem Platz macht sich täglich mehr bemerkbar.

Wien, 17. Febr. 5 pCt. Metall. 84 1/2. — 4 pCt. 67. — 3 pCt. —. — 2 1/2 pCt. 44 1/2. — Bankactien 1115. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 93 1/2. — Gloggnitzer 96. — Mailänder 64.

Die bessern Pariser Course wirkten auch auf hiesiger Börse heute günstig.

Berlin, 20. Febr. Staatschuldscheine 80 1/2 B., Seehandlungsprämiencheine 91 G., Bankanleihe 89 3/4 u. 1/2 bez. (ohne Div.), Berlin-Hamburg 54 bez., Köln-Minden 78 3/4 B., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 37 1/2, 1/4 u. 1/2 bez., Rheinische 50 1/2 bez., Thüringische 50 3/4 Br., Ruffische 4 pCt. bei Stieglitz 37 3/4 Br., Poln. 500 fl. Loose 75 Br.

Die Course der Fonds und Eisenbahnactien blieben auch heute mit geringer Ausnahme unverändert und das Geschäft ohne Leben.

Amsterdam, 19. Febr., 4 Uhr. 2 1/2 pCt. Integ. 50 3/16, 1/8, 1/16. — 3pCt. Schuld 59 1/2. — 4pCt. 78 7/8, 79. — 5pCt. Abt. 11 7/8. — do. à 510 Pf. St. 11 1/16, 3/8. — 3pCt. inland à 6000 fl. 22 2/3, 3/4, 11/16. — Coupons 8 9/16, 9 3/8. — Russ. 4pCt. bei Hope 83, 82 1/2. — do. bei Stieglitz 82 5/8. — 5pCt. Metall. 72 1/8. — 2 1/2 pCt. do. 38 1/4, 3/8.

Die niederländische Bank hat heute den Zinsfuß herabgesetzt. Disconto von Wechseln auf 2 1/2 pCt., ditto von Promessen auf 3 1/2 pCt., von Belehnung auf Effecten auf 3pCt., und die von Gütern auf 4pCt. Unsere inland, wie sämtliche fremde Effecten haben sich von ihrem gestrigen Rückgang einigermaßen wieder hergestellt. Von ersteren zeigte der Handel in Integ., von letzteren in span. und franz. Fonds die meiste Lebhaftigkeit.

Paris, 19. Febr. Stand der Rente: 5pCt. 82. 40. — 3pCt. 50. 65. — Neue 82. 30. — Neapol. 80. 25. — Innere Schuld 22 1/2 comptant. — Bankactien 1915. — St. Germain-Eisenbahn 400. — Versailles, rechtes Ufer 168. 75. — Linkes Ufer 133. 75. — Paris-Orleans 805. — Paris-Rouen 525. — Orleans Bordeaux 412. 50. — Orleans-Vierzon 335. — Rouen-Saure 325. — Marseille-Avignon 182. 50. — Straßburg-Basel 92. 50. — Nordbahn 445. — Paris-Straßburg 355. — Römische Anlehen 66. 65 1/2.

Trotz der aus Deutschland eingetroffenen Nachrichten von einem Einmarsch der Russen in Siebenbürgen gingen die Course dennoch in die Höhe.

Madrid, 13. Febr. 3pCt. 21 3/4, n. d. B. 21 1/8 G. — 5pCt. 10 1/8 Geld.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Malten.

Benachrichtigungen.

[450] National-Subscription für die Hinterbliebenen Auerwald's

Drittes Verzeichniß

von Beiträgen, welche dem Special-Comite zu Frankfurt a. M. zugekommen sind, und zwar durch:

Abgeordneten von Saucken: Von der Direction der Aachen-Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft fl. 1750; Abg. Münch fl. 3. 30; Abg. Mar Glas, Ertrag einer Sammlung in der Pfalz fl. 96. 54; Abg. Graf Gies fl. 21. 36; Abg. Umland fl. 10. 48; einem Ungenannten fl. 2. 42; einem Ungenannten aus Regensburg fl. 5; Abg. Michelsen fl. 10; Pfarrer Steinlein fl. 1.

Denselben: Von Abg. Bruns fl. 20, Abg. Leberus 5 fl. 15, einem Ungenannten fl. 3. 30, Abg. Wassermann fl. 26. 30 fr., Dobl aus Erlangen fl. 10. 54, dem Generalbevollmächtigten Camphausen fl. 200.

Abgeordneten Stavenhagen: Von Abg. Schott fl. 2. 24, großh. badisch. Dr. v. Krieger 10 fl., Rittmeister Hermann aus Schönebeck 47 fl. 15.

Denselben: Von einem Ungenannten, vermittelst Hofrath Dr. Dingelstedt in Stuttgart, in einer öffentl. Banknote 1060 fl., Dr. Eberle 10 fl., Adv. Beckmann in Emsheim die gesammelten Beiträge von Wilkens Rechtsdr. 30 fr., C. J. Lang 1 fl. 30, Kraus 30 fr., Hufschmitt 30 fr., Rudolph 1 fl., Kolleruter 1 fl., Bierbrauer Schied 30 fr., Hochstetter 48 fr., Gleichmann 1 fl., Weiss 48 fr., Steinmetz 30 fr., Schweinfurth 48 fr., C. Carl 30 fr., D. Simon 30 fr., M. Müller 30 fr., J. Mopppe 48 fr., Gaskroy 1 fl., Philipp Hoffmann 12 fr., Ludwig Kieffer 18 fr., Gemeinderath Schied 30 fr., Heß 24 fr., Geismar 24 fr., Haub 18 fr., C. Wader 30 fr., J. A. Frank 30 fr., G. Frank 30 fr., Ficht 48 fr., C. Weinzeheimer 12 fr., Besch 1 fl., Decan Wilhelm 1 fl. 30, Bode 1 fl. 30, Dr. Saur 1 fl., G. J. Haag 1 fl., Dr. Diner 1 fl., Anselm Zimmer 12 fr., Laubinger 30 fr., Renninger 30 fr., Banz 30 fr., Decan Sachs in Eppingen 2 fl., C. Bauer 30 fr., Heres 30 fr., J. Ab. Stierle 30 fr., Graf 30 fr., Laubis 30 fr., Pfarrer Wilkens 30 fr., Beckmann 32 fr., zusammen 34 fl. 30; Abg. Reb, Ertrag einer Sammlung 465 fl. 40.

Abgeordneten Schirmer: Von Abg. Weit 8 fl. 45, vermittelst desselben aus Weimar 26 fl. 15.

Abgeordneten von Kalkstein: Von Abg. Wernherr aus Rierstein, Ertrag einer Sammlung des Dr. Weigand zu Gießen, nämlich von Elisabeth Kurb aus Grunberg 15 fr., A. v. P. in Gießen 3 fl., W. v. B. daselbst 40 fr., zusammen 3 fl. 55.

Abgeordneten Rothe: Von Abg. Schweisgite 17 fl. 30, Abg. Künzel 10 fl., Abg. v. Herrig 20 fl.

W. v. Bethmann: Von Reiterförker L. Zöller in Annweiler in der bayerischen Pfalz, Ertrag einer Sammlung 19 fl. 18; der bayerischen Garnison der Reichsfestung Landau, und zwar vom 6. Infanterie-Regimente 75 fl., vom 9. Infanterie-Regimente 77 fl. 25, von den übrigen Abtheilungen 62 fl. 42, im Ganzen 215 fl. 7; der Expedition der Nassauer Allgemeinen Zeitung 161 fl. 15; L. D. Weissweiler 10 fl. 48, Justizrath Dr. Schmidt in Altenburg, Ertrag einer von dem „Bürgervereine“ daselbst veranstalteten Sammlung 285 fl. 15, der Redaction der Nassauer Allgemeinen Zeitung einschließlich einer 165 fl. 54 betragenden Sammlung der herzoglich. nass. Offiziere der Garnison Wiesbaden und Biebrich 167 fl. 54, J. P. aus Offenbach 2 fl., Georg Kees 2 fl., Schreinermeister Kreiner durch L. Brentano 1 fl., Meßger Wassermann 3 fl., Jemand, der sich seit der Auezeit schämt deutsch geboren zu sein 16 fl. 12.

H. A. Cornillé-Drville: Von L. R. K. 3 fl. 30, J. und J. 10 fl., Pfarrer Schrader 2 fl. 42, J. B. 5 fl. 24, J. F. Schmidt jun., G. D. Winter und G. A. Jipf, Donator für ein Gutachten an Wohlth. Stadtamt 4 fl. 30.

J. Einbiger: Von A. B. 1 fl., G. M. S. 3 fl. 30, J. B. B. 2 fl. 42, Dr. P. und J. C. 3 fl. 8 fl.

R. v. Gnaiff: Von mehreren Mitgliedern des Collegs „zur gesellschaftl. Erholung“ 23 fl. 18.

C. Jügel: Von R. 2 fl., von Gagen 20 fl., G. G. 5 fl.

H. Koch: Von R. 10 fl., Frau L. B. 10 fl. 2, B. Meßler f. S. u. C. in Auftrag von - tahl und Federer in Stuttgart für Rechnung des „Vaterländischen Vereins“ daselbst 154 fl. 30, denselben für Rechnung von Eidel und Cramer in Eisenach 20 fl., denselben in Auftrag von Dr. Rud. Weiss in Bern, Geschäftsführer, für Rechnung J. R. S. der Frau Großfürstin Anna Fedorowna von Rußland 160 fl.

J. M. Müller: Von J. F. Petri 2 fl.

K. A. Sarg: Von Tempel 4 fl., J. G. Ester 6 fl., C. B. 5 fl. 24.

J. D. Sauerländer: Von Wilhelm Broff 2 fl., B. aus D. 2 fl.

H. Barrentrapp: Von R. 20 fl., G. St. 20 fl., Jacob Schmidt 2 fl. 30, J. B. Maß 2 fl.

Die Redaction der Oberpostamts-Zeitung: Von G. v. D. 3. 10 fl., v. C. A. 7 fl., J. Blenkner 1 fl., D. v. B. aus einer Kinder-Comödie 8 fl., Frau A. C. S. 1 fl., 27 Gebern in Gernersheim und Umgebung 79 fl. 47, Postsecretär Müller, dessen Freunden und Bekannten in Darmstadt 187 fl. 15.

Das Intelligenz-Comptoir: Von A. B. 36 fr., C. J. 10 fl. 30.

Die Direction des Bürgervereins: Von J. v. Bauer in Auftrag von J. F. B. 3 fl. 30, R. R. bei Joseph Milani erhoben 3 fl. 30.

Zusammenstellung.

Ergebnis der beiden ersten Verzeichnisse 6,564 fl. 33 fr.

Ergebnis des dritten Verzeichnisses, einschließlich der von den Herren Abgeordneten von Saucken, Stavenhagen, Schirmer, von Kalkstein und Rothe abgelieferten 2047 fl. 34. und 1833 fl. 19. 5,528 fl. 50 fr.

im Ganzen: 12,093 fl. 23 fr.

Das Comité wiederholt seine aufrichtige Dankagung für die wohlwollende Unterstützung, welche ihm in so reichlichem Maße zu Theil geworden ist; auch wird dasselbe weitere Beiträge bereitwillig in Empfang nehmen.

Frankfurt a. M., den 14. Februar 1849.

In Auftrag des Frankfurter Special-Comites:

M. v. Bethmann.

[431] Im Verlage von Duncker und Humblot in Berlin ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt a. M. bei J. D. Sauerländer:

Gefenkamp, H. v., die Reorganisation der Armee und die preussische Verfassung, gr. 8. geh. 8 Sgr. 28 fr. rhein.

Heinrichs, Ed., Geschichte des preussischen Staates und Volkes für alle Stände bearbeitet. Fortgesetzt von F. Kugler und K. A. Menzel. 5r Bd. 4. Lieferung. gr. 8. geh. 7 1/2 Sgr. 27 fr. rhein.

[436] Hausverkauf oder Vermietung.

Das Tuch'sche Erbhaus Nr. 15 in der Breitenstraße in Berlin soll mit mäßiger Anzahlung verkauft oder auch vom 1. April ganz oder theilweise vermietet werden. In demselben befinden sich unter andern mehrere sehr große Keller und Böden, ein ansehnlicher Garten nebst 2 Gartensälen, ein großer Hof nebst Stallungen, Remisen und Waschhaus. — Die erste Etage enthält 4 Säle, 16 Zimmer und viele Kammern; die zweite Etage 4 Zimmer vorn heraus, 3 Zimmer nach dem Hofe, 1 Küche und Kammern.

Zum Verkauf des Hauses ist Herr Justizrath Bode, Heiligegeist-Straße Nr. 26, von den Erben beauftragt. Nachfrage wegen der Vermietung beim Portier des Hauses.

[466] Versteigerungs-Anzeige.

Freitag den 2. März Vor- und Nachmittags werden auf freiwilliges Ansehen

Eine Partie von einigen Hundert Stück sächsische 1 und 1/2 alte und raube Vique, Vique- und Mostong-Beiden, Vique-Röde und circa 150 Dugend baumwollene und halbseldene Herren- und Damen-Handschuhe

in dem Vergantungszimmer gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden veräußert.

C. Belschner, Ausrufser.

Gräfl. Castell-Dischinger Anlehen von fl. 234,000 modo fl. 182,000 betreffend.

Das Gräfliche Rentamt sandte unterm 5. Dec. v. J. den Betrag der pr. 1. Januar a. c. zur Fälligkeit kommenden Halbjahrs-Zinsen vorgenannten Capitals mit fl. 3640 an den Unterzeichneten richtig ein, machte jedoch auf den Grund zweier von dem königl. Gerichtshof zu Ulm eingegangener Decrete den ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Privat-Creditoren sich die Zurückforderung des bezahlten Zinses eventuell vorbehalten, worüber man eine Bescheinigung abgeben sollte. Da nun dießfalls auf ein solches Ansehen nicht eingegangen werden konnte und die Auszahlung der Zinsen dadurch verhindert wird, so hat Unterzeichneter nicht nur protestando dagegen remonstrirt, sondern auch sogleich einen Rechts-Consulenten in Ulm zur Wahrung der Interessen der Hypotheken-Creditoren beauftragt. Die von Ulm und Dischingen in dieser Angelegenheit erhaltenen Schreiben und Decrete sind inzwischen auf Veranlassung mehrerer Be-theiligten dem Herr Dr. jur. Jeanrenaud dahier zur ferneren Besorgung des Erforderlichen zugestellt worden und liegen daselbst zur Einsicht der Interessenten bereit.

Frankfurt a. M., den 20. Februar 1849.

Phil. Nicol. Schmidt.

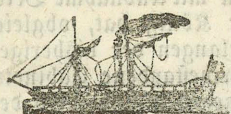
[478] Anfrage an die Herren Gebrüder Bethmann dahier.

Die Herren Gebrüder Bethmann haben bei der Liquidation der Rheingauer Eisenbahn wegen eines ob'stwebenden Prozeßes noch mehrere Procente der Einzahlungen zurückgehalten. Dem Vernehmen nach ist dieser Prozeß zum Vortheil der liquidirenden Gesellschaft erledigt.

Frage: Wann werden endlich die Actionäre die schon so lange zurückgehaltenen Procente wieder empfangen können?

Mehrere Actionäre.

[475]



Niederländische Dampfschiffe.

In directer Correspondenz mit dem um 8 Uhr abgehenden Eisenbahnzug. Abfahrt von Mainz um 9 1/2 Uhr Morgens, vorläufig jeden Dienstag, Donnerstag, Samstag nach Koblenz, Köln, Düsseldorf und Rotterdam, jeden Samstag vermittelst des „Battaviers“ nach London.

Personen-Billette zu sehr ermäßigten Preisen, Güter und Geldsendungen werden aufs prompteste befördert.

Der Agent **C. L. Beyerslag**, im Wolfs-Ed am Paradeplatz.

[488] **Groß. Badische 35 fl. Loose.** Ziehung den 28. d. M., sind zum Tagescourse zu erhalten bei

[480] **J. R. Frier & Cie.**

[483] Das 1/2 Loose Nr. 9792 Lit. O ist abhanden gekommen, vor dessen Ankauf gewarnt wird.

[479] **Badische 35 fl. Loose.** Ziehung am 23. d. M.

Haupttreffer: fl. 50,000, fl. 25,000, fl. 5000, 4 a fl. 2000, 13 a fl. 1000, 20 a fl. 250 u. c. Hierzu sind Originalloose coursmäßig und Antheile für diese Ziehung billig zu haben im Wechsel-Comptoir von

J. L. Aub,

Zeit, der Post gegenüber.

[487] Zu vermietten.

Ein herrschaftliches Wohnhaus nebst Stallung und Remise, so wie zwei kleinere Häuser, in großem schattigen Garten, unmittelbar neben dem v. Rothschild'schen Garten an der Bockenheimer Gasse. — Näheres bei J. Grüneberg Sohn, Eichenheimer Thor, Promenade rechts.

[135] Landgutsverkauf.

Ein schönes Landhaus am Rhein mit einem Arrondissement von einigen Morgen Weinbergen u. c., mit Jagd und sonstigen Annehmlichkeiten, ist billig zu verkaufen. Näheres bei der Redaction.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

Den Concours über das Vermögen des Philipp Stöckel von Dornholzhausen betreffend.

Der Philipp Stöckel von Dornholzhausen hat sein Zahlungsunvermögen bei unterfertigter Stelle angezeigt. Es werden daher nunmehr sämtliche Creditoren des Philipp Stöckel andurch vorgeladen, ihre Ansprüche im Termin

Freitag den 2. März d. J. Vormittags 9 Uhr so gewisser an- und auszuführen, als die Ausbleibenden von der vorhandenen Masse ausgeschlossen werden sollen.

Das Präclufionsdecret wird übrigens nur auf der Gerichtsstube eröffnet.

Somburg, den 22. Januar 1849. Landgräf. Hess. Justizamt.

[295] Zurburg.

Steckbrief.

Der nachstehend signalisirte Heinrich Ullmann von Petteurweil, schon mehr wegen Diebstahls in Untersuchung und im Zuchthaus, vorher bis zum Jahre 1840 als Ausläufer zu Frankfurt a. M., sollte am 4. l. M. wegen eines ihm angeschuldigten am 2/3. Aug. v. J. im Stadtsamtslocale zu Frankfurt mittelst Einbruchs verübten bedeutenden Geldbetrags an die unterzeichnete Stelle abgeliefert werden, er ist aber seiner Escorte auf dem Wege von Großfarben nach Friedberg entsprungen.

Wahrscheinlich hat er auf seiner Flucht ca. 1200 fl. bares Geld, neue Kleider und eine goldene Cylinderuhr mit einem leichten goldenen Ketten und anhängenden Kanöchen, welche Gegenstände er bisher vorgehen gehalten hat, mitgenommen.

Man ersucht darum alle 12. Gerichts- und Polizeibehörden, unter dem Gebieten zu gleichen Diensten, auf jeden gefährlichen Menschen zu fahnden, ihn im Betretungsfall zu verhaften, die in seinem Besitze befindlichen Gegenstände sämtlich in Verwahrung zu nehmen und ihn mit solchen gegen Erstattung der Kosten an das unterzeichnete Gericht abzuliefern.

Gießen, den 13. Februar 1849. Großh. Hess. Criminalgericht daselbst. Klingelhöffer.

Signallement

des Heinrich Ullmann von Petteurweil.

Alter: 41 Jahre.

Größe: 6 Fuß 8 Zoll Gr. Hess. Maßes.

Haare: blond.

Statur: hoch.

Augenbrauen: blond.

Augen: grau.

Nase: hart.

Mund: gewöhnlich.

Bar: blond.

Gesicht: länglich.

Derselbe trug bei seiner Entweichung einen kurzen schabblauen Leberrock, schwarzgelb gestreifte Hosen, ein graues Unterhemd, eine rufschwarze Kappe und Halbschuh. Früher kleidete er sich gewöhnlich elegant und zeichnete sich durch seine Manieren sowie durch ein höchst gewandtes und verschlagenes Benehmen aus.

[319] **Decret.** Die Vermögensüberschuldung des Siegfried Sattler und dessen Ehefrau Maria, eine geb. Widerum zu Langheck betr.

Durch das nunmehr rechtskräftige Urtheil vom 6. v. M. ist über das Vermögen der in der Rubrik genannten Eheleute der Concurs erkannt worden; es werden daher alle, welche an die Concursmasse dingliche oder sonstige Ansprüche geltend machen wollen, aufgefordert, solche

Donnerstag den 22. März, Morgens 8 Uhr, unter dem Rechtsnachtheile des von selbst eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse, dahier zu liquidiren.

Runkel, den 3. Februar 1849. Herzogl. Nass. Fürstl. Wied. Amt.

Krefel.

[248] **Öffentliche Aufforderung.** Nachdem sich eine Ueberschuldung des Nachlasses der verstorbenen Eheleute Maurer Ludwig Stanger

und Marianne, geb. Wöhringer, aus Müßigheim ergeben, so ist zur summarischen Schulden-Eiquidation, sowie zum Versuche der gütlichen Einigung Termin auf

Dienstag den 27. März 1849,

Morgens von 10—12 Uhr

in hiesiges Gerichtshoflocal bestimmt worden.

Sämtliche Gläubiger des erwähnten Nachlasses, sie mögen sich bereits gemeldet haben oder nicht, werden hiermit aufgefordert, in jenem Termine ihre Rechtsansprüche entweder in Person, oder durch gehörig ermächtigte Vertreter anzumelden und beim Güterversuche mitzuwirken, widrigenfalls die Richterscheine, als dem Beschlusse der Mehrheit der Erschienenen bei ruhend, angesehen werden.

Amöneburg, den 20. Jan. 1849.

Kurfürstl. Hess. Justizamt.

Wiedling.

vdt. Fleischmann.

[362] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der dahier verstorbenen Wittwe Rebekka Simon aus Gelsbach im Großherzogthum Hessen Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermehren, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte so gewiß anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärtig wohnenden Intestatanten ohne einige Caution verabschloß werden wird.

Frankfurt, den 5. Februar 1849. Stadt-Gericht II.

Senator Dr. B. mer. Dr. Eysen, 1r Secr.

[2943] **Edictalladung.**

Die Abwesenden, Maria Elisabetha und Johann Daniel Greif, beide zu Niederurzel Frankfurter Seite, erstere am 2. August 1744 und letzterer am 29. November 1768 geboren, über deren Leben jede Nachricht fehlt, oder deren eheliche Leibeserben werden hierdurch aufgefordert, sich binnen

sechs Monaten

von heute an bei unterzeichnetem Gerichte zur Empfangnahme des für sie dahier aufbewahrten Vermögens zu melden, resp. zu legitimiren, widrigenfalls sie für todt und als ohne Leibeserben verstorben erklärt werden sollen.

Frankfurt a. M., den 13. Dec. 1848.

Stadt-Gericht.

Senator Dr. Gwinner, Director.

Dr. Eysen, 1. Secr.

(Neßt Konversationsblatt und Beilage.)